

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten zur Zukunfts- und Friedensdiskussion

Herausgeber: Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. - GZS
>> Association for Future Projects and System Criticisms <<

ISSN 0720-6194: DM 4,- / SFR 4,- / ÖS 32,-
BFR 100,- / HFL 7,- / FF 24,- / US-\$ 3,-

GEGRÜNDET 1980

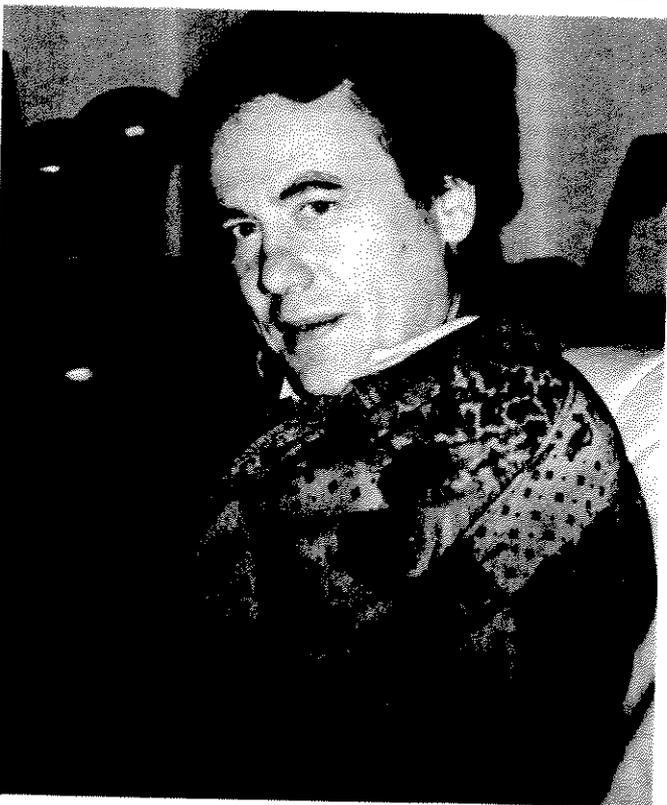
VIEWPOINT FUTURE

AUSGABE 26 · JUNI 1994 · 14. JAHRGANG

Europa: Die Zukunft hat einen Namen von Carsten Wieland

Die Jungen Europäischen Föderalisten fordern einen europäischen Bundesstaat der Regionen als Friedensversicherung für morgen

Keine vier Jahre ist es her, als ein unerwarteter Durchbruch einen erwartungsvollen Aufbruch versprach. Ein Zaun zerbrach. Eine Mauer fiel. Die Zeitzeugen rieben sich vor Ungläubigkeit und Freudentränen die Augen. Die eiserne Frontstellung von "gut" und "böse" war zerstoßen. Hoffnung auf eine Zeit, in der sich Menschen wieder als Menschen und nicht als "Angehörige" einer Ideologie begegnen können, hatten besonders Jugendliche erfaßt. Eine neue Welt lag Ihnen zu Füßen. Eine neue Ära konnte beginnen.



Das Foto zeigt Reiner Braun (Geschäftsführer der Naturwissenschaftler-Initiative >>Verantwortung für den Frieden<<). Mit ihm wurde ein interessantes BLICKPUNKT ZUKUNFT-Gespräch geführt, das ab Seite 3 beginnt.

Und sie begann: Nationalismus, Fremdenhaß, Egozentrik, Bürgerkrieg und Besitzstandssicherung vertrieben die rosa Wolken der jungen Träumer. Was ist aus der Chance 1989 geworden? Nie wieder sollten sich

doch die schlechten Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit wiederholen. Nie wieder dürfe es Krieg geben.

Das ist der Satz unserer Mütter, Väter, Großmütter und Großväter aus schmerzlicher Erfahrung: "Nie wieder darf es Krieg geben!". Verständnisvoll und brav nickten die Enkel. Krieg; Das ist ein Schwarzweißfilm mit viel Rauch; eine ferne Gelsterbahn der Geschichte. Nie haben sie ihn selbst erlebt.

Nie wieder Krieg

Genauso heute ist die Fratze der Grausamkeit zu abstrakt, auch wenn sie vor der Haustüre im ehemaligen Jugoslawien tobt, keine 500 Kilometer von München entfernt. Keine 50 Jahre liegen zeitlich im eigenen Land dazwischen.

Und dennoch bedarf es großer Vorstellungskraft, um Betroffenheit zu empfinden, großen Mutes um daraus Konsequenzen zu ziehen und starken Abstraktionsvermögens, um politische Alternativen zu entwickeln. 1949 koppelten sich Vorstellungskraft, Mut und erlebtes Leid mit politischer Weitsicht in einem Häufchen Jugendlicher. Sie verschrieben sich dem ehrlichen und sicheren Frieden für ganz Europa. Zumeist als Mitglieder des Widerstandes gegen den Faschismus gründeten sie in Paris die "Jeunesse Européenne Fédéraliste" (JEF). Zu diesem Zeitpunkt eine durch und durch idealistische Aktion. Mittlerweile ist die europäische Integration schon lange keine Illusion mehr. Für Westeuropa ist ein Krieg gänzlich unwahrscheinlich geworden. Diese Völker haben gelernt, aufeinander angewiesen zu sein.

Der weitere Inhalt dieser Ausgabe:

BLICKPUNKT ZUKUNFT-Gespräch: Reiner Braun, Geschäftsführer der "Naturwissenschaftler-Initiative >>Verantwortung für den Frieden<<," im Gespräch mit Werner Mittelstaedt

Wasser - Vom lebensspendenden Elixier zur lebensvernichtenden Kloake?
von Doris Sibum

Leserbrief zum Essay >>Zivilisationsneurose<<
von Stefan Mögle-Stadel

Kurzbericht über eine Podiumsdiskussion
von Carsten Forstner

**Zeitschrift PRO ZUKUNFT / Impressum / Buchtip
GZS-Kurzdarstellung & Beitrittserklärung**

15.000 Jugendliche aus allen Ecken des Kontinents, wohl gemerkt nicht EU-beschränkt, treffen sich regelmäßig, um Europa zu erleben. Sommercamps, Seminare und Kongresse führen Menschen zusammen, die die Früchte der europäischen Integration genießen: Freie Grenzen



als Selbstverständlichkeit. Die Jungen Europäischen Föderalisten füllen die Freiräume mit Leben aus und zeigen ihren Vorfahren, daß sie es ernst meinen: Nie wieder Krieg!

Gleichzeitig machen sie sich Gedanken darüber, wie sie ihre Gemeinschaft politisch gestalten können. Konsequenter treten sie nach wie vor für ein Europa der Regionen ein: Die sogenannten Nationalstaaten sind ein Auslaufmodell. Sie sind zu groß, um eine Identifikation zu bieten und zu klein, um die Probleme einer modernen Gesellschaft selbständig lösen zu können.

Ihre Grenzen sind ein historischer Akt der Willkürlichkeit. Ohne Rücksicht auf gewachsene kulturelle und wirtschaftliche Bindungen zer-

Die Nationalstaaten sind ein Auslaufmodell

schneiden sie Lebensraum und Identitäten. Das menschliche Wirtschaften hat sich kontinuierlich über künstliche Grenzen hinweggesetzt. Die Umweltverschmutzung schert sich einen Dreck um sie. Ein Europa der Regionen also soll es sein. Eines, das bereits in hoffnungsvollen Ansätzen Früchte trägt. Die Dreiländerecke im Westen und Südwesten Deutschlands erleichtert das Wirtschaften, motivieren zur Mehrsprachigkeit und machen neugierig auf andere Mentalitäten. Die Grenzräume Baden/Alsace und SaarLorLux (Saarland, Lorraine, Luxembourg) kennen bereits zweisprachige Tageszeitungen. Hoffnungsvolle Ansätze zeigen sich in der Oderbruch-Region. In Frankfurt/Oder hat sich eine deutsch-polnische Bürgerinitiative gegründet mit paritätisch besetztem Vorstand. Ihr Ziel: Aktivitäten auf beiden Seiten der Grenze fördern, damit die Region über die Narbe der Nationalgrenze zusammenwächst. Häufig sind Ergebnisse mutiger Graswurzel-Demokratie um Schritte weiter als internationale Parkett-Diplomatie.

Doch das gilt anscheinend nicht immer. Es war das Volk, das in Dänemark "Nein!" zu Maastricht sagte, das in Frankreich den Europapolitiker Mitterand schwer ins Schwitzen brachte. Freilich ist Maastricht nur ein Modell, einer europäischen Einigung rechtlich und institutionell entgegenzustreben. Ein Modell mit politischen Blessuren, ja sogar taktischen Amputationen. Eine typische Geburt der Realpolitik. Es wimmelt in diesem Vertrag von nationalen Zugeständnissen und Ausnahme Klauseln (Opt-Outs). Vieles muß noch ausgebessert, das Parlament gestärkt werden. Weit schwerer wiegt jedoch, daß eine politische Vision den Halt in denjenigen verloren hat, für die sie eigentlich geschaffen ist: Für die Bürger Europas. Hinzu kommt eine turbulente Zeit des Umbruchs, der wirtschaftlichen Rezession und politischer Orientierungslosigkeit. Doch zu Maastricht gibt es keine Alternative, wenn nicht die gefährliche Rolle rückwärts gepробt werden soll.

Die politische Vision hat den Halt verloren

Die Forderung, wieder die Nationalstaaten zu stärken, wie sie die Neue Rechte in Europa und die alte Rechte in Bayern erhebt, ist eine gefährliche Perspektivlosigkeit, gegen die die Jungen Europäischen Föderalisten ankämpfen: Mehr Demokratie (starkes Europaparlament), mehr Entscheidungen auf regionaler Ebene (Subsidiarität) und keine Abschottung nach außen. Denn das Fernziel der JEF ist der Weltföderalismus. Sicher ist es kein Zufall, daß supranationale Zusammenschlüsse weltweit "in" sind. Die NAFTA in Nordamerika, die ASEAN-Staaten in Südostasien stellen nur die bekanntesten Beispiele dar.

Das Fernziel der JEF ist der Weltföderalismus

Innerhalb Südamerikas gibt es sogar einen Anden-Bund. Die Zukunft gehört also den "Weltregionen". Um globale Probleme zu bewältigen, müssen diese zu einer Weltinnenpolitik gelangen. Dazu ist es unentbehrlich, den Völkerbund zu reformieren und zu stärken. Ihm muß ein weltweites Gewaltmonopol zugesprochen werden. Das legitime Recht zum Truppeneinsatz und das moralische Recht zur Gewaltlosigkeit hat nur in einer gleichberechtigten Gemeinschaft der Völker ihren notwendigen Platz. In den UNO-Sicherheitsrat gehören danach eben Weltregionen. Ein Sitz für (Gesamt-)Europa, einer für Afrika, einer für Nordamerika, etc. Das nationale Geschachere der mächtigsten Staaten um eine ständige Vertretung im Sicherheitsrat muß ein Ende haben.

Um eine Konzeption weltweiten Föderalismus macht sich die Jugendorganisation nicht nur ihre Gedanken. Seit 1993 ist die JEF die europäische Sektion der Jungen Weltföderalisten des World Federalist Movement und lebt damit ihre politischen Forderungen vor. Der Föderalismus ist wie das Madrioschka-Prinzip aufgebaut: Eine kleine Holzpuppe ist der Kern einer größeren, die wiederum in die nächstgrößere integriert ist, usw.

Weltföderalismus nach dem Madrioschka-Prinzip

Doch die kleinste Holzpuppe ist die härteste Nuß, die es zu knacken gilt. Auf lokaler Ebene sammeln die JEF-Aktivisten die wertvollste Erfahrung und erfahren die größte Herausforderung. Mit welchen Argumenten sind Zeitgenossen von Europa zu überzeugen? Nach der Vereinigung ist Deutschland um ein vielfaches komplizierter geworden. Einfache Antworten greifen nicht. Gängige Argumente wirken lau. Die Menschen in den Neuen Bundesländern haben mit der deutschen gleich die europäische Einigung mitgeliefert bekommen. Das war für einige zuviel auf einmal. Sie haben häufig keinen Kopf mehr für neue "Illusionen". Wer arbeitslos ist hat andere Probleme. Wer kein Geld hat, kann Reisefreiheit nicht schätzen lernen. Wer vor wenigen Jahren sein gesamtes Vermögen in eine andere Währung umtauschen mußte, sieht einen ECU mit Argwohn. Wer im neuen Alltag schlecht klarkommt, hat Schwierigkeiten, im größeren Rahmen zu denken.

Zugleich stellt sich hier das Problem der politischen Kultur. Welche Identifikation haben die Menschen zu den Politikern, zu der Politik, den Institutionen und dem demokratischen System? Nicht nur in Diskussionen mit Ostdeutschen fällt immer wieder auf, daß häufig gerade diese Unterscheidungen nicht vollzogen und Fehlentwicklungen sofort "der Demokratie" zu Lasten gelegt werden. Sicher ist es ein schwieriger Lernprozeß, zu trennen zwischen der pluralistischen Demokratie als Rahmen und denen, die sie mit politischem Inhalt füllen. So gibt es auch für Europa als gemeinsames Haus keine Alternative. Streit wird es und muß es allerdings geben bei der Ausgestaltung der Zimmer und der Hausordnung. Wer denkt schon daran, Deutschland aufzugeben, wenn es politisch oder wirtschaftlich kriselt? Europa hat es dabei allerdings schwerer. Ist Sand im Getriebe des Einigungsprozesses, wird oft vorschnell das gesamte Konzept in Frage gestellt: Warum? Ist das nicht unfair?

Streit um die Hausordnung stellt das Haus nicht in Frage

"Wenn die liebe Sonne lacht, hat 's das eigene Land gemacht. Gibt es Hagel, Sturm und Schnee, war 's mal wieder die EG", hat sich Klaus Hähnch (SPD), Mitglied des Europaparlamentes, äußerst zutreffend zusammengefaßt.

Die Jungen Europäischen Föderalisten betreiben Partei- und länderübergreifend sowohl Realpolitik als auch als auch eine Vision.

Die Vision: Sie glauben an die Notwendigkeit eines europäischen Bundesstaates, an den dauerhaften Frieden, an gelebte und lebendige Demokratie und an einen Wohlstand im Einklang mit der Natur für möglichst viele. Sie glauben an den gesunden Menschenverstand, der in jungen Jahren noch mit Energie und Risikobereitschaft verbunden sein kann. Die realpolitischen Linien lauten: Die JEF muß eine beharrliche Lobby für ein geeintes Europa und eine starke Demokratie sein. Nicht nur der Generalsekretär der JEF sitzt dafür in Brüssel. Die lokalen Sektionen tun das Ihrige an der Basis. PR für Europa: wer tut es sonst aus ehrlicher Überzeugung? Die Beharrlichkeit derer, die den II. Weltkrieg in Europa erlebten und kurz danach die JEF gründeten, muß Maßstab und Vorbild sein. Zwei Botschaften müssen mindestens die Menschen erreichen:

Erstens: Ein geeintes Europa muß und wird kommen. Mit oder ohne uns. Besser mit uns! Zweitens: Europa ist nicht in Beton gegossen, auch mit Maastricht nicht. Junge und Alte müssen dies begreifen und ihren Beitrag selbstbewußt einbringen, Europa mit Leben ausfüllen! Der Name Europa muß wieder Zukunft bedeuten. Heute lösen sich alte Strukturen auf. Das schafft Unsicherheit. Neue Orientierungen sind zähe Errungenschaften. Dazwischen liegt eine chancenreiche und gleichermaßen gefährvolle Umbruchzeit. Wir stecken mittendrin. Nutzen wir diese einmalige Möglichkeit, damit der Jubel und die Hoffnung von 1989 im Nachhinein gerechtfertigt werden; damit die beschwörende Formel unserer Großmütter und Großväter zu einem verlässlichen Programm gerinnt: "Nie wieder Krieg!"

Über den Autor:

Carsten Wieland: Vorstandsmitglied und Pressesprecher der JEF-Sektion Berlin; Student der Geschichte, Politik und Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Kontaktadresse der JEF-Deutschland:

Junge Europäische Föderalisten
Berliner Platz 1

D-53111 Bonn - ☎0228 / 639328

BLICKPUNKT ZUKUNFT-Gespräch

Reiner Braun, Geschäftsführer der Naturwissenschaftler-Initiative >>Verantwortung für den Frieden<< e.V., im Gespräch mit Blickpunkt Zukunft-Redakteur Werner Mittelstaedt

Werner Mittelstaedt: Bitte erzähle den LeserInnen etwas über Dich!

Reiner Braun: Geboren wurde ich am 22.12.52 in Braunschweig. Zur Naturwissenschaftler-Initiative, oder besser zu deren Vortäufern bin ich über die Friedensbewegung gekommen. Ich habe von 1982 bis 1985 versucht, das Büro der Krefelder Initiative gegen die Stationierung von Pershing II Raketen und Cruise Missiles mitzuorganisieren; wir waren 1983 an der Vorbereitung des ersten Naturwissenschaftler-Friedenskongresses "Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung" beteiligt, der mit dem Mainzer Appell gegen neue Mittelstreckenraketen endete. Die Krefelder Initiative hat geholfen, diesen mitzuorganisieren.

Zu meiner Person: ich habe in Braunschweig Germanistik und Geschichte und in Dortmund Journalistik studiert; während dieser Zeit war ich in der studentischen Selbstverwaltung und in den akademischen Gremien tätig. Die nächsten Jahre der Naturwissenschaftler-Initiative entwickelten sich "entlang der Linie der großen Politik". Kalter Krieg; Hochrüstung und Star Wars veranlaßten die Personen aus der Initiative zu kontinuierlichem Engagement; Kongresse, Ringvorlesungen, Friedenswochen, vielfältige Veranstaltungen, Mahnwachen und Politikberatung waren unsere Tätigkeiten. Besonders hervorzuheben sind sicherlich die Kongresse gegen die Militärisierung des Weltraums und zu den Gefahren der chemischen Waffen. Der Beginn der Gorbatschowschen Politik des Neuen Denkens trug sicher zu dem großen Erfolg des ersten internationalen Naturwissenschaftlerkongresses "Ways out of the arms race" (1986) bei, der schon wesentliche Elemente der globalen Bedrohung als wichtige Themenfelder enthielt und mit dem Hamburger Abrüstungsvorschlägen endete.

Werner Mittelstaedt: Die Naturwissenschaftler-Initiative >>Verantwortung für den Frieden<< e.V. wurde im Jahre 1983 gegründet. Sie ist mit ca. 900 Mitgliedern heute eine der weltweit größten Friedensinitiativen von NaturwissenschaftlerInnen. Erzähl uns bitte, welche Gründe es für NaturwissenschaftlerInnen gab, diese Initiative zu gründen.

Reiner Braun: Das formale Gründungsdatum war erst 1988, aber seit 1983 waren wir als Mainzer 23 aktiv sowie in vielen örtlichen Initiativen. Der Grund unseres Engagements läßt sich kurz, aber auch ein bißchen verkürzt folgendermaßen umschreiben: *Verantwortung für Überleben, Umwelt, Wissenschaft und Zukunft, oder anders ausgedrückt: wir sind nicht nur verantwortlich, für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchlos hinnehmen.* Diese Verantwortung beinhaltet Besorgnis über das wahnsinnige Wettrüsten, verlangte nach Aufklärung über die Gefahren waffentechnologischer Entwicklung, bedeutet aber auch Verantwortung gegenüber der eigenen Wissenschaft, ihrem Mißbrauch, aber auch ihrer strukturellen Verantwortungslosigkeit; Stichworte, die in einem weiteren Gespräch sicher ausgeführt werden müssen.

Werner Mittelstaedt: Von den Wissenschaften gehen besonders im 20. Jahrhundert starke Impulse aus, die oft zu einschneidenden Veränderungen im Weltgeschehen führen. Ich denke etwa an die Entdeckung der Kernspaltung durch Otto Hahn im Jahre 1938, die nur 7 Jahre später, im August 1945, zu den verheerenden Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki führte und seitdem die Welt in vielerlei Hinsicht veränderte, wobei die bis 1989 bestehende Politik der "atomaren Abschreckung" und die Nutzung der Kernenergie zwei Hauptkomponenten bilden. Wie definiert die Naturwissenschaftler-Initiative die Verantwortung der Wissenschaften?

Reiner Braun: Verantwortung ist einerseits, sich den von der Wissenschaft ausgehenden Gefahren zu stellen. Dies gilt ganz besonders für die Rüstungsforschung; aktuell sicher ganz wichtig die dual-use-Problematik für zivil-militärische Entwicklungen. Verantwortung definiert sich für mich individuell und strukturell; d.h. ohne eine grundlegende Veränderung der Strukturen ist verantwortungsvolle Wissenschaft sehr schwer wahrnehmbar. Für mich hat das alte Wort von der Demokratisierung der Wissenschaft bzw. ihrer Strukturen nichts von seiner Bedeutung verloren. Verantwortung heißt aber zuallererst eine grundlegende Absage an jede Art der Militärisierung von Forschung und Technologie.

Werner Mittelstaedt: Sind auch GeisteswissenschaftlerInnen und "ganz normale" Personen Mitglieder in der Naturwissenschaftler-Initiative und was für nationale und internationale Kontakte hat sie?

Reiner Braun: Als Fördermitglied oder in Ausnahmen, zu denen es in der Satzung heißt, Personen können Mitglied werden, die der Initiative besonders verbunden sind. Ansonsten sind NaturwissenschaftlerInnen, IngenieurInnen; LehrerInnen auch naturwissenschaftlicher Fächer, in der Industrie tätige NaturwissenschaftlerInnen und Studierende Mitglied. Wir wollen bisher unseren "spezifischen" Charakter, der auch etwas mit spezifischer Kompetenz zu tun hat, beibehalten. Das bedeutet keineswegs eine Absage an interdisziplinäre Zusammenarbeit; diese ist absolut notwendig, kann doch heute keine der globalen Fragestellungen von einer Wissenschaftsdisziplin allein gelöst werden: deshalb haben wir uns auch sehr für die Zusammenarbeit der verschiedenen kritischen Wissenschaftlerorganisationen in Rahmen des Netzwerks Wissenschaft engagiert. Da Wissenschaft auch immer international tätig ist, haben wir uns über mehrere Jahre und dann auch mit recht gutem Erfolg für die Entwicklung von INES (International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility) eingesetzt.

Werner Mittelstaedt: Gibt es für NaturwissenschaftlerInnen eine Art "Verpflichtungserklärung", in der sie ihre Verantwortung für die Schöpfung bekunden und sich verpflichten, daß ihre wissenschaftliche Arbeit nicht zu Anwendungen führt, die moralisch und ethisch bedenklich sind, z.B. Genmanipulationen an menschlichen Keimen oder Forschung für atomare, biologische und chemische Waffen, sogenannte ABC-Waffen?

Reiner Braun: Verpflichtungserklärungen gibt es unter WissenschaftlerInnen, speziell unter NaturwissenschaftlerInnen eine große Anzahl. Darin heißt es z.B., sich nicht an der Rüstungsforschung zu beteiligen. Diese Verpflichtungserklärungen sind durchaus umstritten, v.a. wegen der negativen Erfahrungen der Ärzte mit dem Hippokratischen Eid v.a. während des Faschismus. Auch wir haben nach längerer Diskussion eine eigene entwickelt, in der es u.a. heißt:

Das wichtigste (und ich würde auch sagen, das besondere) ist es, daß wir uns in der Verpflichtungserklärung verpflichten, in Not geratene Wissenschaftler sowohl moralisch als auch materiell zu unterstützen.

Ein besonders gelungenes Beispiel unserer Aktivitäten ist die Solidarität mit dem russischen Chemiker Dr. V. Mirzajanow, dem Geheimnisverrat vorgeworfen wurde.

Werner Mittelstaedt: Das Jahr 1995 enthält wichtige "historische" Daten. Am 6. August 1995 jährt sich der Atombombenabwurf auf Hiroshima zum 50. Mal. Ebenso existiert die Organisation der "Vereinten Nationen" im Jahre 1995 seit 50 Jahren und der Zweite Weltkrieg endete ebenfalls vor 50 Jahren. Führen diese Jahresdaten zu Aktivitäten in der Naturwissenschaftler-Initiative und Friedensbewegung?

Reiner Braun: Der "Sündenfall" der alles veränderte wird unsere Aktivitäten im Jahr 1995 maßgeblich prägen; fordert doch der 50. Jahrestag der ersten Atombombe geradezu zwingend, sich der Frage der Verantwortung, des verantwortungsvollen Umgangs mit der Wissenschaft, moralischer und struktureller Verantwortung zu stellen. Dies wollen wir 1995 u.a. auf einem großen Kongreß tun. Über verschiedene wissenschaftliche Veranstaltungen hinaus hat dieses Datum für mich noch eine weitere wichtige Bedeutung. Wir sollten versuchen, ausgehend von diesem so verheerend sich auswirkenden Ereignis "neuen Schwung" in unsere Aktionen für eine atomwaffenfreie Welt zu bringen, für eine Kampagne "Atomwaffenfrei ins nächste Jahrtausend". Ethische und moralische Argumente für Atomwaffen hat es seit der Niederlage des deutschen Faschismus nicht mehr gegeben, die letzten glaubwürdigen sind seit Ende des Ost-West-Konfliktes entfallen, die Gefahr der Proliferation bringt keine neue Begründungen, wenn ernsthaft nuklear abgerüstet würde (wenn der politische Wille dafür vorhanden wäre). Und wenn wir bei radikaler nuklearer Abrüstung über irgend jemand, den wir atomwaffenfähig gemacht haben, zu ängstlich sein sollten, dann lagern wir unter der Kontrolle der UNO meinetwegen von Österreich, Mexiko und Tahiti noch fünf Atomwaffen - als letzte Abschreckung: Auf keinen Fall dürfen diese Waffen aber unter der Kontrolle des jetzigen Sicherheitsrats bleiben: Damit bin ich bei der UNO. Ich persönlich bin ausgesprochen skeptisch gegenüber der Rolle der UNO, und nicht nur wegen der undemokratischen Struktur des Sicherheitsrates und der damit verbundenen politisch-militärischen Dominanz der USA/NATO. Meine weitergehende Ablehnung resultiert aus der Regierungsstruktur der UNO-Gremien; 2/3



der Regierungen sind mehr oder weniger als undemokratisch zu bezeichnen. Sie sollen über Entwicklungen und Demokratie dieser Welt entscheiden? Heißt das nicht ein bißchen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben? Ich will auch nur kurz etwas zur Geduld von UNO-Papieren sagen; ich glaube, das Wort "Rio-Prozeß" genügt. Ohne einen wesentlich größeren Entscheidungseinfluß der NGO's sehe ich kaum eine Chance einer wirklichen Demokratisierung, so viele erfolgreiche friedliche Revolutionen wird es bis 1999 kaum geben.

Werner Mittelstaedt: Die Menschheit steht am Vorabend des 21. Jahrhunderts inmitten größter Krisen und vor einer Vielzahl sich eher negativ entwickelnder Probleme? Nenne uns bitte aus Deiner Sicht die größten Zukunftsprobleme und setze dabei Prioritäten!

Reiner Braun: Für mich gibt es eine Reihe fast gleichbedeutender Konfliktpotentiale; ich halte es fast für müßig, dabei eine sogenannte Prioritätenliste aufzustellen. Wir müssen eine Reihe der dringendsten Probleme fast gleichzeitig angehen; eine sogenannte Ein-Punkt-Bewegung für den Einstieg in die Lösung globaler Probleme sehe ich nicht. Für mich hat nach wie vor eine hohe Priorität die Lösung der Atomwaffenproblematik, und zwar sowohl unter dem Gefahrenaspekt der Vernichtung als auch unter dem Proliferationsaspekt, und, mit Verlaub, wo ist das Recht der sog. fünf Atommächte, diese zu besitzen und der Rest darf sich aufteilen; einige haben das nächste Privileg, über die entsprechende Technologie zu verfügen und der Rest sind die Habenichtse. So kann eine demokratisch strukturierte Welt nicht aussehen; also bedarf es des weiteren Bemühens um eine atomwaffenfreie Welt und der radikalen Abrüstung. Unzweifelhaft sind die ökologischen Probleme eine Herausforderung, die unser und das Leben der nächsten Generationen maßgeblich prägen und auch Kriege beeinflussen werden: um Wasser im Nahen Osten und um Ressourcen in Afrika und Asien. Ich möchte nur noch auf eine Krise hinweisen, die ich gleichzeitig sehr kompliziert finde: das Bevölkerungswachstum; sicher muß es radikal eingedämmt werden, aber wer gibt uns das Recht, der Dritten Welt, auf deren Kosten wir hier täglich leben, eigentlich eine Schuld zuzuschreiben. Für mich bedeutet die notwendige Verringerung des Bevölkerungswachstums v.a. und zuerst eine radikale und politische Lebensveränderung in der Ersten Welt. Alles ein bißchen kurz, aber so sind Interviews; vielleicht provozieren auch diese Antworten zum Widerspruch.

Werner Mittelstaedt: Deine Aktivitäten als Geschäftsführer der Naturwissenschaftler-Initiative führen Dich auch in Länder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). Erzähle den LeserInnen etwas über Deine Eindrücke vom heutigen Rußland und Deine Einschätzung über die Probleme der Menschen dieses Landes.

Reiner Braun: Weniger meine Arbeit bei der Naturwissenschaftler-Initiative als vielmehr im Rahmen der INES; wir haben sechs russische Mitgliedsorganisationen. Eine ganz persönliche Antwort erst zur Politik und dann zu den Menschen: Für mich ist Gorbatschow die letzte große politische Persönlichkeit gewesen, die in einem der führenden Staaten politisch gestaftend und verändernd gewirkt hat. Sicher mit vielen Fehlern, aber der Versuch einer strategischen Orientierung zur Lösung der oben angesprochenen Probleme, und für mich ist es eine der großen Fehlentwicklungen der letzten Jahre, daß diese Sowjetunion zerfallen ist. Diese Worte wähle ich bewußt: vieles erinnert mich dabei an die Kabinettpolitik des 18./19. Jahrhunderts und es ist für mich deshalb auch kein Wunder, daß die Reintegrationstendenzen u.a. aus ökonomischen Gründen deutlich wieder zunehmen.

Haben sie schon einmal versucht, den Lebensunterhalt Ihrer Familie mit 150-200 DM zu bestreiten bei Preisen, die in vielen Fällen nur 10% unter den unseren liegen; jetzt können Sie sich die Lebensbedingungen ungefähr vorstellen. Es gibt in Rußland das geflügelte Wort: wir haben jetzt die Marktwirtschaft; damit ist gemeint, daß auf jedem Markt und vergleichbaren Flecken Erde Kloske wie Pilze entstehen, wo man fast zu unseren Kosten alles kaufen kann.

Werner Mittelstaedt: Kannst Du ebenfalls etwas über andere GUS-Länder bzw. Länder Osteuropas den LeserInnen schildern?

Reiner Braun: Vielleicht nur zu den baltischen Staaten: hier sehe ich wesentlich bessere Möglichkeiten zur Entwicklung, v.a. durch die überschaubare Größe, und ihr industrielles Niveau, besonders aber durch Stimmungen in der Bevölkerung: wir sind jetzt frei und unabhängig, wir packen unsere ökonomischen Probleme. Eine solche Aufbruchstimmung habe ich in Rußland bisher nirgends gespürt!

Werner Mittelstaedt: Hältst Du es für möglich, daß bei den russischen Präsidentschaftswahlen im Jahre 1996 der rechtsextreme Politiker, Wladimir Schirinowskij, zum Präsidenten gewählt wird?

Reiner Braun: Man soll nie nie sagen, trotzdem glaube ich es nicht. Ich halte das gegen Schirinowskij gerichtete politische Lager für groß genug, um dies zu verhindern. Sicher aber wird der nächste russische Präsident nationaler Orientierung sein. Dies muß aber nicht unbedingt negativ sein, muß Rußland doch meiner Meinung nach seinen eigenen nationalen Weg aus der dramatischen Krise finden. Dazu bedarf es angesichts der russischen Traditionen sicher auch so etwas wie einer nationalen Selbstfindung, die man auch heute schon spürt. Damit sind sicher z.B. auch rüstungspolitische und außenpolitische Probleme verbunden, aber kann denn noch irgend jemand ernsthaft glauben, daß der Westen, vielleicht mit sog. Milliardenhilfe die Probleme lösen kann? Das muß die russische Bevölkerung schon selber wollen und dann auch tun. Sie hat in der Geschichte bewiesen, daß sie dazu fähig ist.

Werner Mittelstaedt: In den Ländern der GUS lagern noch immer Tausende von Atomwaffen. Wie steht es um die Vernichtung der Atomwaffen z.B. in der Ukraine und in Kasachstan aufgrund der "Washingtoner Verträge", und sind die Gerüchte ernstzunehmen, nachdem z.B. Kasachstan Atomwaffen in Länder, wie z.B. den Irak verkauft?

Reiner Braun: Entschärft, aber nicht gelöst. Besonders die US-Ukraine-Entscheidungen werden unter dem Diktat des Dollars dafür sorgen, daß auf längere Sicht und verbunden mit internationalem Druck Rußland als einziges GUS-Atomwaffenland übrig bleibt. Keines der anderen GUS-Atomwaffenländer kann dem amerikanischen und russischen Druck auf längere Zeit widerstehen. Dies bedeutet nicht, daß es möglicherweise einzelne "vagabundierende" Atomwaffen, besonders aber atomwaffenfähiges Material bei der internationalen Mafia und im Waffenhandel gibt. Für mich völlig ungelöst ist aber, wie die Vernichtung der dann in Rußland lagernden Atomwaffen geschieht, um nur ein auch im Westen ungelöstes Problem anzusprechen; was wird aus dem freigesetzten Plutonium?

Werner Mittelstaedt: Was kannst Du zum Fall des russischen Chemikers Mirzajanov sagen?

Reiner Braun: Er ist Gott sei Dank wieder frei. Um kurz etwas zu seinem Fall zu sagen: Mirzajanov hat enthüllt, daß der russische industriemilitärische Komplex auch nach Unterzeichnung des weltweiten Chemiewaffen-Abkommens weiter an der Entwicklung und Erprobung binärer chemischer Waffen geforscht und gearbeitet hat. Dies ist zumindest ein Verstoß gegen den Geist des Pariser Abkommens. Er wurde daraufhin verhaftet, inhaftiert und nach einem langen Prozeß der Vorbereitung angeklagt und letztendlich, nicht zuletzt auf internationalen Druck (auch US Präsident Clinton und der AA-Chef Kinkel haben sich für ihn eingesetzt) freigesprochen. Wir haben als Naturwissenschaftler-Initiative relativ viel für seine politische aber auch für seine ökonomische Unterstützung gemacht, v.a. auch eine recht erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Für uns war dies ein klarer Fall eines Whistle Blowers, der aus moralischer Verantwortung Skandale, über die er Bescheid wußte und teilweise daran beteiligt war, enthüllte und dafür angeklagt wurde.

Werner Mittelstaedt: Der Bürgerkrieg in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina zwischen Serben, Kroaten und Moslems hat in mehrfacher Hinsicht das Böse im Menschen und die Grenzen der Politik aufgezeigt. Konnte dieser Bürgerkrieg, der nunmehr seit über zweieinhalb Jahren zu immensen Opfern und einer Vielzahl von Massakern geführt hat, nicht durch ernsthaft durchgeführte Boykottmaßnahmen und Embargos frühzeitig entschärft werden? Was sagst Du zum UNO-Ultimatum gegen die bosnischen Serben vom Februar 1994?

Reiner Braun: Die aktuelle Situation kann fast ein bißchen hoffnungsvoll stimmen. Doch generell zum Konflikt: Dieser erste kriegerische europäische Nach-Ost-West-Konflikt hat in seinem Beginn und in seinen Auswirkungen alle Regierungen und Friedensbewegungen überrascht. Besonders die Bundesregierung hat auf diesen Konflikt in traditioneller Ost-West-Konfrontationsmentalität reagiert, d.h. im traditionellen Schwarz-Weiß/Freund-Feind-Denken: die Serben sind die Bösen, also sind die anderen die Guten, die wir erst einmal anerkennen. Dies hat die Situation entscheidend verschärft und Verhandlungen verunmöglicht, fühlen sich die Serben wieder einmal in die Ecke gedrängt, die anderen aber jeder Kompromißlösung entledigt. Dazu kommen die Machterhaltungsnotwendigkeiten, zumindest bei Tudjman und Milosevic, beiderseitige Großmachträumereien, eine dann ungewöhnlich starke Eigendynamik der Ereignisse und vielleicht auf fast allen Seiten ein gewisses historisch geprägtes Balkantraumata. Der grausame Krieg einmal etwas anders beschrieben; ich will damit keine Aggression - von wem auch immer - entschuldigen, kein Anspruch auf Recht, sondern nur zum Nachdenken anregen und verdeutlichen, wozu wir eine deutliche Ausweitung der Friedensforschung an den Hochschulen brauchen. Wir müssen Antworten auf neue, ungeheuer komplizierte und gefährliche Konflikte finden.

Werner Mittelstaedt: Gibt es in Osteuropa oder der GUS ähnliche Kon-



fliktpotentiale wie im ehemaligen Jugoslawien?

Reiner Braun: Auf diese Frage kann es nur ein eindeutiges Ja geben, dann kann man anfangen, die verschiedenen Konfliktfelder von der Slowakei, Moldawien bis Tadschikistan einschließlich weiterer aktueller Bürgerkriege aufzuzählen. Ich erspare mir das. Die Menschenopfer sind bekannt, Teile der Zerstörungen ebenfalls; wie jemals wieder ein friedliches Zusammenleben der Völker ermöglicht werden kann, weiß keiner! Aber unsere Bundesregierung weiß, daß sie die Forschung, die sich damit beschäftigt, in den nächsten zwei Jahren auf Null fahren will. Dann soll es keine staatliche Unterstützung mehr für die Friedens- und Konfliktforschung geben. Was kann man mehr über die Politik und die heuchlerischen Argumente dieser Bundesregierung aussagen; wer demonstriert gegen den Krieg gegen Jugoslawien? Und auch unser CDU-Vorkämpfer für die Menschenrechte in Jugoslawien hat den Kürzungen zugestimmt.

Werner Mittelstaedt: Nicht wenige sagen der deutschen Friedensbewegung nach, sie hätte auch gegen den Bürgerkrieg zwischen Serben, Kroaten und Moslems Großdemonstrationen durchführen müssen? Ihr habt doch sicherlich in der Naturwissenschaftler-Initiative, die ja sehr eng mit den führenden deutschen Friedensforschungsinstituten und mit Gremien der Friedensbewegung zusammenarbeitet, diese Frage off diskutiert. Warum hat sich die Friedensbewegung, Deines Wissens nach, in der Frage des Balkankrieges nicht für Großdemonstrationen entscheiden können?

Reiner Braun: Wir alle, auch die Friedensbewegung, sind entsetzt über das Schlachten in Jugoslawien. Daraus haben in stundenlangen Diskussionen immer wieder die Fragen resultiert: was tun? Gegen und für wen demonstrieren? Wem helfen?

Ich glaube, wir haben das Richtige in diesem Krieg getan: wir haben versucht, Menschen aufzunehmen, Flüchtlingen zu helfen, Deserteure zu verstecken, Visa zu besorgen, den Ärmsten der Armen, den vergewaltigten Frauen zu helfen und, dieses fast tausendfach und fast jedesmal gegen unsere kommunalen, Landes- und Bundespolitiker. Wieviele Dokumente Friedensbewegte aus unserem Land in einem "Kleinkrieg" erkämpft haben! Nur die können es erfassen, die sich mit der Geschichte deutscher Flüchtlinge nach 1933 beschäftigt haben. Daß wir für die Menschen in Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina uns massiv praktisch eingesetzt haben und damit gegen den Krieg, der nichts löst, aber immer mehr zerstört, aber auch gegen unsere Regierung, die nicht geholfen, sondern blockiert hat, daß wir nicht den Mut zu einer Demonstration dagegen gehabt haben, zeigt aber andererseits, wie auch wir in schwierigen und neuen Situationen durch politischen Druck zu beeinflussen sind. Wir werden daraus zu lernen haben.

Nur am Rande sei erwähnt, daß nicht wenige der Kriegswaffen aus Deutschland kamen und ich nicht oft, aber in diesem Falle den NATO-Generälen zustimme, daß ein Truppeneinsatz kein Problem löst. Dies gilt übrigens auch für Luftangriffe, wissen wir doch seit dem 2. Weltkrieg und allen folgenden Kriegen, wen Luftangriffe besonders treffen.

Werner Mittelstaedt: Nun einige Fragen zur Lage in Deutschland? Der Rechtsruck in Deutschland, aber auch in vielen anderen westeuropäischen Ländern, ist alarmierend. Für Deutschland sind die rechtsradikalen Schandtaten, die mit Städtenamen wie Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen festzumachen sind, besorgniserregend, beschämend und ein Beweis der gesellschaftlichen Unfähigkeit, aus der jüngsten deutschen Geschichte zu lernen. Wohin driftet, Deiner Meinung nach, die gesellschaftliche und politische Zukunft Deutschlands?

Reiner Braun: In der offiziellen Politik sicher nach rechts, das brauche ich Deinen LeserInnen sicher nicht zu erzählen, wahrscheinlich auch nicht über die Rolle der offiziellen Sozialdemokratie, andererseits halte ich die politische Zukunft, ermutigt durch die letzten Wahlergebnisse, für offen oder zumindest noch für gestaltbar. Nur sind diese Gegenkräfte bislang erst in Ansätzen zu sehen. Leider haben wir, bedingt durch die inneren Diskussionen, eine erhebliche Schwächung der Gewerkschaftsbewegungen. Bürgerbewegungen fassen meiner Meinung nach erst langsam wieder Tritt, obwohl es für mich hier doch hoffnungsvolle Ansätze einer Verstärkung gibt. Den erfolgreichen, weil die Menschen erreichende und sie zum Mitmachen animierende Menschenketten und vergleichbaren Aktionen steht ein teilweise hilfloser Antifaschismus gegenüber. Vieles ist für mich noch im Fluß und wir werden uns bemühen müssen, die überall vorhandene Wut und Enttäuschung in konkretes Handeln und große Aktionen umzusetzen. Dabei muß sicher auch manches Kleingeistige in unserer Bewegung überwunden werden. Neuen Mut braucht das Land.

Werner Mittelstaedt: Warum ist ein Teil der Jugendlichen in Deutschland anfällig für rechtsextreme Parolen? Nenne bitte einige Ursachen aus Deiner Sicht?

Reiner Braun: Es gibt sicher auch viele und zunehmende Gründe, die man in der wissenschaftlichen Literatur nachlesen kann. Von mir aus möchte ich drei nennen:

1. die soziale Situation vieler Jugendlicher, die Arbeits- und Perspektivlosigkeit.
2. die niemals vollständig aufgearbeitete deutsche Vergangenheit mit ihren Halbwahrheiten, dem Verdrängen und Vergessen, in das die rechtsradikalen Demagogen und Verführer so wunderbar hineinstoßen können. Von der angeblichen deutschen Niederlage 1945 bis zur Ausschwitzlüge ist die Beispielskette lang und fast immer unvollständig.
3. die offizielle konservative Politik der "durchrassten Gesellschaft" oder des Versuchs, mit ausländerfeindlichen Parolen Wahlen zu gewinnen, von Verdrehungen der Asylantragssituation bis zum Sozialneid. Meiner Meinung nach ist es einer der schändlichsten Teile der konservativen Regierungspolitik und viel zu wenig scharf attackiert, daß sie das, was sie dann mit Scheinheiligkeit bedauert, geistig und politisch vorbereitet hat.

Werner Mittelstaedt: Nun noch einige Fragen, die Du bitte recht kurz beantworten solltest. Hier die erste Frage: Sollte man alle rechtsextremen Parteien, also auch die Republikaner verbieten?

Reiner Braun: Nach der Hetze von Schönhuber über Bubis bin ich das erste Mal geneigt, darüber ernsthaft nachzudenken. Bisher habe ich immer die politische und geistige Auseinandersetzung für sinnvoller und langfristig auch für wirksamer gehalten, wobei diese auch die geistige Zusammenarbeit miteinschließen muß.

Werner Mittelstaedt: Weiterhin UNO-Blauhelm-Einsätze für deutsche Bundeswehrsoldaten?

Reiner Braun: Nein, zumindest solange nicht, bis eine neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik unter dem Kerngedanken der Zivilisierung von Konflikten in Zusammenarbeit einer neuen Regierung mit Friedensforschungsinstituten, unabhängigen Wissenschaftlern und der Friedensbewegung erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang kann über die Hilfsfunktion auch von deutschen Blauhelmen diskutiert werden. Ich bin aber skeptisch, ob wir sie zur zivilen Lösung gebrauchen können. Ich glaube, wir haben bessere, effektivere und billigere gesellschaftliche Organisationen, die einer neuen Außenpolitik viel besser zu Gesicht stehen als der historisch überholte Mann am Gewehr.

Werner Mittelstaedt: Bestehen Deiner Meinung nach noch realistische Chancen dafür, die gefährlichsten Krisen der Menschheit durch globales Handeln, das auf lokalen Ebenen beginnen muß, einzudämmen?

Reiner Braun: Wenn ich nicht die Chance sehen würde, würde ich wahrscheinlich Dein Interview nicht beantworten, v.a. müßte ich auf der Stelle meine Arbeit in der Naturwissenschaftler-Initiative aufgeben, es sein denn, ich wäre ein widerlicher Zyniker. Trotzdem war ich schon einmal optimistischer. Die letzten Jahre mit der Furore der Wiedervereinigung, ansonsten aber eines elenden Pragmatismus haben mich ebenso skeptisch gemacht wie die bisherige Regierungszeit von Clinton und Gore.

Werner Mittelstaedt: Man sagt, es fehle uns an Visionen und Utopien. Welche Vision von der gesellschaftlichen Zukunft hast Du?

Reiner Braun: Ich hoffe, meine Antworten vermitteln ein bißchen von meinen Visionen. Generell ist meine Hoffnung, daß mehr und mehr Menschen erkennen, daß der jetzige Weg des Wirtschaftens weder für unseren Planeten akzeptabel noch eine Befriedigung humanistischer Ansprüche mit sich bringt und daß daraus eine Erkenntnis zu alten, aber immer noch aktuellen Grundwerten führt: Solidarität und Brüderlichkeit, Gemeinsinn und gesellschaftliche Verantwortung, Wille zum Mitgestalten und Demokratisierung und das in dem Sinne, daß wir alle auf einem Planeten leben, der auch nur gemeinsam eine Chance hat, lebenswert zu bleiben bzw. für die Mehrzahl der Menschen zu werden.

Werner Mittelstaedt: Danke für dieses Gespräch.
(Dieses Gespräch wurde am 05. Mai 1994 geführt.)

Kontaktadresse:

Reiner Braun
c/o Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden"
Postfach 10 41 08
44041 Dortmund - ☎0231 / 7217158

Leserbrief zum Essay >>Zivilisationsneurose<< von Wolfgang Heuer

Lieber Wolfgang Heuer, eine kurze Antwort. Die Todeslawine: Treibhauseffekt, Ozonlöcher, Bevölkerungsexplosion, Neo-Nationalismus, kumulierende Kriminalität, Drogen- und ABC-Waffenhandel, Konsum und Leistungsdruck, Atom-Müll-Sintflut. Diese physikalischen Auswirkungen (Symptomatik) eines >>freudschen<< Todes- bzw. Selbstzerstörungstriebes, infolge jener Geisteskrankheit (Hybris), welche Sie zu Recht Zivilisationsneurose nennen, rollt schon den historischen Abhang hinunter.

Die logische Konsequenz Ihrer Z-Neuroseargumentation: Die Z-Neurose (eigentlich eine Art "Kulturschatten"-Neurose) unserer monotheistisch-nihilistischen Industrie-GmbH ist das morbide Fundament dieses Gesellschaftssystems. Sie läßt sich daher nicht durch das System selbst "bekämpfen", bestenfalls dämpfen. Im "Gegensatz" zu Ihnen glaube ich auch nicht (mehr), daß die sogenannten "Verantwortungsträger" (Politiker & Co.) hier regulierend eingreifen; sind sie doch selbst zumeist Exponenten einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (und Wahrnehmung) und haben sich ihre Machtpositionen zumeist mit unethischen (neurotischen) Mitteln erkämpft bzw. erkaufte. Nach Erich Fromm dominiert hier der populistische Marketing-Charakter. Der schon von Nietzsche diagnostizierte (industrielle) Nihilismus unterhöhlt das ethische Werte- und Verantwortungsbewußtsein "der Leute" (Ortega y Gasset). Sollte nicht in den nächsten 5 Jahren eine weltbürgerlich-humanistische und psychotherapeutisch-ökologische Bewegung kosmopolitisches Land gewinnen, so wird uns geschichtlich nicht viel mehr übrigbleiben, als - bis ca. 2010 - durch einen katastrophalen Null- und Wendepunkt (Katharsis?) zu gehen; quasi eine Art globaler Schocktherapie, von der es noch ungewiß ist, ob und wie wir sie - als (Rest)Menschheit - überleben werden. Diese Roßkur wäre vielleicht immer noch zukunftsträchtiger als das kollektiv zunehmende

Zombietum (bei Marx z.B. Entfremdung genannt), welches zwangsläufig in Fatalismus, Fanatismus, Nekrophilie, Faschismus, Techno- und Bürokratie kumulieren muß. Letztmals Erich Fromm: Lernen wir es nicht, als *der eine Mensch in der einen Welt* zu leben, dann wird der Nationalismus Bedingungen und Situationen hervorbringen, die die Gefahr heraufbeschwören, daß der Mensch sich selbst zerstört. (Aus: Humanismus als reale Utopie; Hrsg. Rainer Funk, Beltz-Verlag.) Ungeschönt und in schmerzlicher Verbundenheit: Sollte obige Bewegung infolge eines Mangels an Beteiligung (Interesse) nicht mehr reell werden, dann gilt es noch rechtzeitig beiseite zu treten, gemeinsam Vorsorge zu treffen (>>Zukunftsgestaltung und Chaostheorie<<) und nachdem die Todeslawine die Talsohle erreicht hat mit dem - besseren - Wiederaufbau zu beginnen. (Ich persönlich würde auch die erstere Möglichkeit einer Revolution, eines kollektiven Aufwachens aus der Bewußt- und Verantwortungslosigkeit, bevorzugen.)

Mein Dank als Leser gilt Ihnen und Werner Mittelstaedt, da Sie beide es gewagt haben dieses heiße und tabuisierte Eisen in BLICKPUNKT ZUKUNFT Ausgabe 25 anzufassen, sowie all jenen Lesern, die nicht mehr länger schweigen. Sollte echter Dialogbedarf bestehen, so möchte ich gerne anbieten, für die Interessierten eine Tagung ("Globale Krise, kollektive Neurose und Zukunftsgestaltung?") zu organisieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Mögler-Stadel

(Der Verfasser ist Bundesvorsitzender der World Federalist Movement Germany e.V. Anschrift zur Kontaktaufnahme: WFM-Germany e.V., zu Hd. Herrn Stefan Mögler-Stadel, Postfach 670325, 22343 Hamburg)



UNO-Reform, Weltbürgertum und Globale Krise

Foto (Berlin 26.11.1993): Podiumsdiskussion mit (v. links nach rechts) Werner Mittelstaedt (Zukunftsforscher und WFM-Beirat), Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim (WFM-Ehrenpräsident) und Stefan Mögler-Stadel (WFM-Bundesvorsitzender & Publizistischer Beirat v. BLICKPUNKT ZUKUNFT) zum Thema "UNO-Reform, Weltbürgertum & Globale Krise". Veranstalter waren World Federalist Movement-Germany e.V. und JEF-Berlin. Moderator war Carsten Wieland. 1995 werden unter Mitarbeit bzw. Autorenschaft obiger Referenten die Bücher "Ist die Zukunft noch zu retten?" sowie "Die Unteilbarkeit der Erde" erscheinen. (Carsten Forstner)

Wasser - Vom lebenspendenden Elixier zur lebensvernichtenden Kloake?

von Doris Sibum

Ohne Wasser wären wir nicht. Wasser, das ist der Stoff, aus dem wir zu einem überwiegenden Teil bestehen, es ist ein Bestandteil unserer selbst. Wasser, das ist das Element, dem das Leben auf der Erde entstieg. Wasser ist unser notwendigstes Lebensmittel, ohne daß wir in einigen Regionen der Erde nur wenige Stunden überleben können.

Als kulturelles Heiligtum war es auch in Europa lange Zeit hoch geschätzt, es versprach nicht nur äußerliche, sondern auch innere Reinigung. Aber das war einmal. Wasser ist für uns schon lange kein Kultur-

gut mehr, daß wir schätzen und bewußt verwenden. Mit der Urbanisierung der Städte geriet es uns aus den Augen - wo vorher Auen waren, stehen heute Siedlungen; wo vorher Bäche waren, tost heute die Kanalisation - und damit offensichtlich auch aus unserem Sinn. Allenfalls als künstlich angelegte Wasserspiele begegnet es uns in unserem Lebensraum Stadt, und lediglich in Urlaub und Freizeit zieht es uns ans Wasser, genießen wir seinen Erholungswert.

Noch fließt es mit stoischer Gleichmäßigkeit aus unserem Wasser-



hahn, ist verfügbar zu jeder Tages- und Nachtzeit und mit gleicher Zuverlässigkeit zieht es sich nach Gebrauch schnell und ohne sichtbare Rückstände in den Abfluß zurück. Hygienisch und diskret spült es uns Staub und Schweiß von Händen, Köpfen und aus der Wäsche. Es nimmt den Dreck von uns, nimmt ihn in sich auf. Wir geben aber nicht nur natürliche Stoffe ins Wasser, sondern Pumpen die Adern unseres Planeten voll mit Chemikalien, Pestiziden etc., deren Namen gegen unendlich zu streben scheinen. Vor allem die Landwirtschaft, dicht gefolgt von der Industrie - auch die Haushalte waren und sind daran beteiligt - haben mittlerweile unser Wasser bis an seine Grenzen belastet.

Seit Jahren schon trinken wir kein Wasser mehr aus Bächen, aus Angst, uns zu vergiften, schwimmen wir nicht mehr in den Flüssen, aus Angst vor Hautkrankheiten und vermeiden wir bestimmte Küstenstriche unserer Meere aus denselben Gründen. Noch glauben wir das Problem umgehen zu können, indem wir das Wasser aus den Leitungen trinken, in die öffentlichen oder privaten Schwimm- und Spaßbäder gehen und unseren Urlaub halt nicht mehr an der Adria sondern auf den Malediven verbringen. Das Problem läßt sich aber nicht umgehen, wie es sich nun nicht nur in Regionen wie der Sahel-Zone zeigt, sondern auch in unseren Deutschen Landen.

In Hamburg wird schon lange kein Trinkwasser mehr aus der Elbe gewonnen. Diagnose: zu verschmutzt, Wiederaufbereitung des Elbwasser wäre zu aufwendig. Behandlung: Abzug des Grundwassers aus der Lüneburger Heide. Kilometerweit wird das Trinkwasser für Hamburg transportiert. Konsequenz: Den flachwurzigen Pflanzen der Heide wird das Wasser, ihr Lebensmittel, entzogen; eine Austrocknung des Gebiets steht bevor. Szenenwechsel nach Dresden. Auch hier war es einst die Elbe, die die Menschen mit Wasser versorgte. Aber auch hier die Diagnose: zu verschmutztes Trinkwasser, Wiederaufbereitung wäre zu aufwendig. Eine Strategie: Erschließung von Grundwasservorräten in dem Naturreservat der Sächsischen Schweiz.

Wassermangel, darüber konnte sich die Bundesrepublik lange Zeit nicht beklagen, und verfolgen wir die Wasserstandsberichterstattung der letzten Wochen und Monate, dann läßt sich angesichts von Hochwasserermeldungen katastrophalen Ausmaßes nur schwer verständlich machen, daß wir dennoch Wasser auch in unserem Land als ein rares Gut betrachten müssen. Gemeint ist damit natürlich nicht das verschmutzte, verseuchte Wasser eines Großteils unserer Flüsse, sondern Trinkwasser, das *Lebensmittel Wasser*. Immer tiefer müssen wir nach ihm graben, immer weiter müssen wir es transportieren - aber uns kann dies ja gleich sein, solange es bequem und preiswert aus unseren Wasserhähnen fließt, oder?

Daß nicht nur in einzelnen Regionen der Erde, sondern weltweit etwas für den Schutz und die Erhaltung der Wasserressourcen getan werden muß, wurde auch während des Umwelt- und Entwicklungsgipfels der UN in Rio 1992 erkannt und diskutiert. Ein Kapitel der dort verabschiedeten Agenda 21 befaßt sich mit dem Thema Wasser. In der Agenda 21 werden die Vertragsstaaten aufgefordert, einen nachhaltigen (sustainable) Umgang mit dem Wasser in ihrer Heimat sicherzustellen. Dabei ist das oberste Ziel die "gesicherte Bereitstellung von Wasser in angemessener Menge und guter Qualität für die gesamte Weltbevölkerung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der hydrologischen, biologischen und chemischen Funktionen der Ökosysteme". (Kapitel 18.1)

Mit dem Gipfel in Rio wurde eine Kommission der Vereinten Nationen zur Nachhaltigen Entwicklung (Commission on Sustainable Development / CSD) eingerichtet, die die Aufgabe erhalten hat, die Umsetzung der Agenda 21 in den einzelnen Ländern zu begleiten bzw. deren Umsetzung zu fördern. Die CSD tagt Ende Mai dieses Jahres, unter dem Vorsitz von Umweltminister Töpfer. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Umsetzung der Agenda in puncto Wasser. Die beteiligten Länder wurden aufgerufen, einen nationalen Bericht der Regierung vorzulegen, der Rechenschaft über die bisher eingeleiteten Maßnahmen gibt. Vor kurzem hat die Bundesregierung ihren Bericht vorgelegt.

"Wie kann man nur mit so vielen Worten so wenig sagen!"; "Daß die Regierung keine Defizite aufweist, das muß man kritisieren, ist in sich betrachtet aber verständlich und war nicht anders zu erwarten. Aber daß sie es noch nicht einmal geschafft hat, die wirklich positiven Projekte in dieser Hinsicht aufzuzeigen, das zeugt von einer schlechten Vorbereitung und der Tatsache, daß die Agenda überhaupt nicht ernst genommen wird!". So lauteten u.a. Stimmen auf einem Workshop von deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO), die in allen Ländern aufgerufen waren, die nationale Umsetzung der Agenda mitzubeobachten und ihr Know-how den nationalen Regierungen zur Verfügung zu stellen bzw. deren Berichte zu kommentieren, zu kritisieren und zu ergänzen. Dieser Aufforderung kam ein Teil der deutschen NRO am 20. und 21. April im

Rahmen dieses Workshops nach, zu dem eine Arbeitsgruppe des Forums Umwelt & Entwicklung deutscher NRO eingeladen hatte.

Neben der Kritik des Berichts der Bundesregierung diskutierte und verabschiedete die zum Themenschwerpunkt Wasser arbeitende Gruppe auch umfassende Forderungen, die der CSD vorgelegt werden. Entgegen der sehr zögerlichen Haltung der Bundesregierung forderten die NRO sofortige und umfassende Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der globalen Wassersituation.

Die Forderungen beziehen sich auf die **Sicherung und Wiederherstellung sauberer Gewässer** (u.a.: kein Trinkwasserabzug aus ökologisch gefährdeten oder schützenswerten Gebieten; Kontrollen der Küstenbebauung und Landgewinnung; Unterlassung von großen Staudammprojekten, Umleitungen von Wasserläufen etc.), die **Vermeidung bzw. Reduzierung der Wasserverschmutzung** (u.a.: Verbot von Müllverklappungen auf den Ozeanen; Verbot von Überdüngung durch die Landwirtschaft und die Einleitung industrieller Abwässer in den hydrologischen Kreislauf; keine Überfischung der Gewässer; kein Raubbau an ozeanischen Ressourcen; Bekämpfung des Treibhauseffektes; Verbot der Einleitung von giftigen Chemikalien in Wasser etc.), die **Förderung des Wassersparens** (u.a.: Erhöhung der Wasserproduktivität; Trennung von Trink- und Brauchwasser; Wiederherstellung und Pflege von kulturellen Werten mit Wasserbezug; Wasserbezogene Umwelterziehung; Einführung von an den realen Kosten der Wasserversorgung und -aufbreitung orientierten Preisen etc.) und die **Initiierung und Förderung von Friedens- und Wasserzugangsabkommen** von Anliegerstaaten der gleichen Wasserressource (Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Vermeidung ansonsten nahegelegender kriegerischer Auseinandersetzungen um das rare Gut Wasser.).

Das Ziel der beteiligten NRO ist, daß man in 25 Jahren wieder in allen deutschen Flüssen und Seen baden und eine weitere Generation später gar wieder aus ihnen trinken kann. Das ist ein Unterfangen, das mit den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Instrumentarien nicht erreicht werden kann, sondern wahrlich einschneidende Maßnahmen erfordern würde; jedoch werden wir ohne diese unsere Hände bald nicht mehr mit Wasser waschen und schon gar nicht mehr in Unschuld baden können. ♦

Über die Autorin:

Doris Sibum ist Sozialwissenschaftlerin und Mitarbeiterin des Sekretariats für Zukunftsforschung.

Kontaktadresse:

Doris Sibum
c/o Sekretariat für Zukunftsforschung
Leithestraße 37 - 39
45884 Gelsenkirchen - ☎0209 / 179920

PRO ZUKUNFT

Die von Robert Jungk gegründete Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen (IBZ) dokumentiert zukunftsweisende Publikationen und sammelt Beschreibungen über sogenannte "Hoffnungsmodelle". **PRO ZUKUNFT**, die Zeitschrift des IBZ, stellt neue, wichtige Bücher vor allem des deutschsprachigen Raumes vor, weist bedeutsame Zeitschriftenartikel sowie "Graues" Material nach und stellt aktuelle Zukunftsthemen zur Diskussion.

Ich bestelle ein Abo von **PRO ZUKUNFT**
(4 Nummern à DM 48,- incl. Porto)

Ich werde Mitglied des "**Vereins der Freunde und Förderer der Robert-Jungk-Stiftung**" und bitte um Zusendung näherer Unterlagen. (Der Jahresbeitrag beträgt DM 100,- incl. **PRO ZUKUNFT**, **Veranstaltungshinweise u.a.**)

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ✕ und mit Name und Adresse per ✉ einsenden
an: Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen, Imbergstraße 2, A-5020 Salzburg

Die Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. - GZS

Das Spektrum der GZS-Aktivitäten

- Herausgabe der Zeitschrift "BLICKPUNKT ZUKUNFT" seit dem Jahre 1981.
- Mitveranstalter der seit dem Jahre 1991 stattfindenden "Gelsenkirchener Zukunftsgespräche", die das Sekretariat für Zukunftsforschung (SFZ), die Volkshochschule Gelsenkirchen (VHS) und die Gesellschaft für Zukunftsgestaltung - NETZWERK ZUKUNFT veranstalten.
- Seit Bestehen der GZS wurden zudem über 35 Veranstaltungen mit den unterschiedlichsten Themen zur Zukunfts- und Friedensdiskussion von der GZS selbstverantwortlich ausgerichtet und der Öffentlichkeit bekannt gegeben bzw. zugänglich gemacht.
- Umfragen an WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.
- International angelegte Korrespondenz und Begegnungen mit Zukunfts- und FriedensforscherInnen und Menschen aus den neuen sozialen Bewegungen.
- Repräsentanz der GZS an zukunftsrelevanten Veranstaltungen und Mitarbeit an Projekten anderer Organisationen zur Zukunfts- und Friedensgestaltung.
- Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Rundschreiben über zukunftsrelevante Themen ersten Ranges (z.B. Tschernobyl, Golfkrieg, Wegfall des Eisernen Vorhangs, Fremdenfeindlichkeit und Asylpolitik).
- Buchveröffentlichungen und zahllose Artikel von GZS-Mitgliedern.
- Die GZS steht seit über einem Jahrzehnt in engem Kontakt mit den national und international führenden Institutionen der Zukunfts- und Friedensforschung sowie zahlreichen Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten.
- Seit 1993 ist die GZS Mitglied in der Initiativgruppe "NETZWERK WISSENSCHAFT".

Ehrenmitglieder

Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin
Professor Dr. Rüdiger Lutz M.A., Berkeley (USA)
Dr. Lothar Schulze, Hannover

Beitrittserklärung

Bitte die nachfolgende Beitrittserklärung ausfüllen und ✕ und per ✉ zur GZS senden!

Anschrift:

GZS, zu Hd. Herrn Vorsitzenden Werner Mittelstaedt
Rotthauer Straße 97, 45884 Gelsenkirchen, ☎ 0209 / 136704

Name, Vorname (Institution) _____

Straße, Hausnummer _____

Land, PLZ, Wohnort, Telefon _____

Ort, Datum, Unterschrift _____

Meine / unsere Mitgliedschaft soll beginnen am: _____

Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert: _____

Die GZS-Mitgliedschaft beträgt pro Jahr DM 48,- oder mehr; für StudentInnen, SchülerInnen, Arbeitslose, RentnerInnen, Behinderte und AusländerInnen DM 15,- oder mehr; für juristische Personen DM 192,- oder mehr.

Die GZS-Mitgliedschaft kann jederzeit ohne Angabe von Gründen aufgekündigt werden!

Impressum:

BLICKPUNKT ZUKUNFT © ISSN: 0720-6194

Herausgeber: GZS Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V., Rotthauer Straße 97, 45884 Gelsenkirchen
☎ 0209 / 136704

Redaktion: Werner Mittelstaedt (verantwortlich), Mechthild Mittelstaedt (Schlußredaktion)

Grafische Gestaltung (Layout) und Vertrieb: Werner Mittelstaedt

Redaktionsbeirat:

Wolfgang Heuer, Prof. Dr. Rüdiger Lutz, Stefan Mögle-Stadel

Druck: Günter Kublin, Haydnstraße, D-45884 Gelsenkirchen
Fotonachweis: Seite 1 GZS-Foto, Seite 6 Carsten Forstner (WFM)

Abgabe zu 99% kostenlos! Sichern Sie die Überlebensfähigkeit der GZS und dieser Zeitschrift durch eine Mitgliedschaft in der GZS (Beitrittserklärung in dieser Ausgabe!).

Deutsche Bank Gelsenkirchen, Konto: 2326320 BLZ: 42070062

Werner Mittelstaedt

Zukunftsgestaltung und Chaostheorie

Grundlagen einer neuen Zukunftsgestaltung unter Einbeziehung der Chaostheorie

Vorwort von Ossip K. Flechtheim

Frankfurt/M., Berlin, Bonn, New York, Paris, Wien 1993, 215 S., 5 Abb., DM 49,-, ISSN 3-631-45221-7

Vor dem Hintergrund der komplexen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlich-technischen Herausforderungen der Zukunft ist dieses Buch konzipiert worden. Es zeigt auf der Basis der neuesten Erkenntnisse der Chaostheorie und Selbstorganisation komplexer Systeme Handlungsspielräume für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung. Der erste Teil des Buches enthält eine breit angelegte, unorthodoxe und überaus kritische Zukunftsanalyse; der zweite Teil vermittelt Grundwissen aus der Chaostheorie und Theorie selbstorganisierender Systeme. Erkenntnisse aus diesen Wissenschaftsfeldern werden dann mit zahlreichen Beispielen sowie neuen Wert- und Handlungsmustern für die Zukunftsgestaltung verbunden. Fazit: Die sensitive Abhängigkeit von den Anfangsbedingungen in nichtlinearen Systemen sollte große Bedeutung in der individuellen und gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung einnehmen und zwar auf lokaler und globaler Ebene. Ebenso sollte die menschengemachte Komplexität technischer Systeme durch "Vereinfachungsmaßnahmen" überschaubarer und sicherer werden. Eine wichtige Feststellung ist auch, daß die Chancen der Selbstorganisation komplexer Systeme wesentlich mehr genutzt werden sollen.

Vorträge zum Buch fanden schon in Gelsenkirchen, Berlin und Hamburg statt!

In guten Buchhandlungen oder beim Verlag Peter Lang bestellen!
Bestellung per ☎ 004131 / 9411122

Bestellung

Verlag Peter Lang GmbH, Abteilung WB, Postfach 940226
Eschborner Straße 42-50, 60489 Frankfurt/Main

Hiermit bestelle ich _____ Expl. Mittelstaedt "Zukunftsgestaltung und Chaostheorie" Artikel Nr. 45221 zum Einzelpreis von DM 49,-

Name: _____

Anschrift: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____